

Stiftung Marktwirtschaft (Ed.)

Research Report

Arbeitsmarkt heute

Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 8

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Stiftung Marktwirtschaft (Ed.) (1986) : Arbeitsmarkt heute, Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 8, Frankfurter Institut für Wirtschaftspolitische Forschung, Bad Homburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99770>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Arbeitsmarkt heute

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsdiskussion, weiterhin eines der vorrangigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen in der Bundesrepublik, ist immer noch von Widersprüchlichkeiten durchzogen. Je nach Interessenlage wird die gleiche Situation unterschiedlich interpretiert. Dabei lassen Zahlen und Fakten eindeutige Aussagen zu, wenn sie nicht nur in Teilausschnitten betrachtet, sondern in ihrer Gesamtheit analysiert und gewertet werden.

Arbeitsmarkt

Die Momentaufnahme: Mehr Erwerbstätige

Die Zahl der Erwerbstätigen¹⁾ ist auf fast 26,2 Millionen im September dieses Jahres gestiegen. Das sind 300.000 Erwerbstätige mehr als zwölf Monate zuvor. Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung gegen Anfang des Jahres 1984 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt sogar um rund 600.000 Personen erhöht, und erstmals seit langer Zeit nimmt der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen wieder zu.

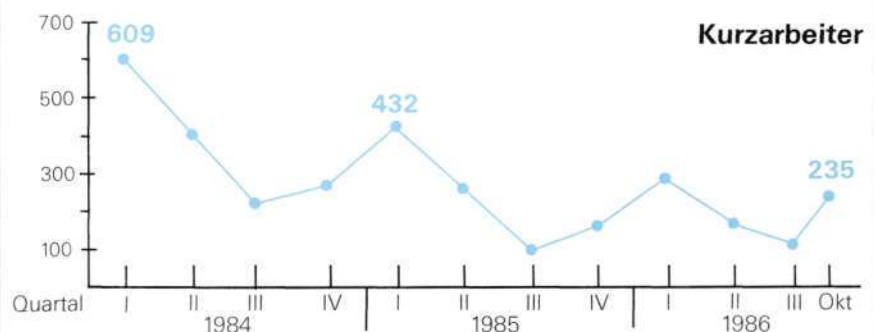
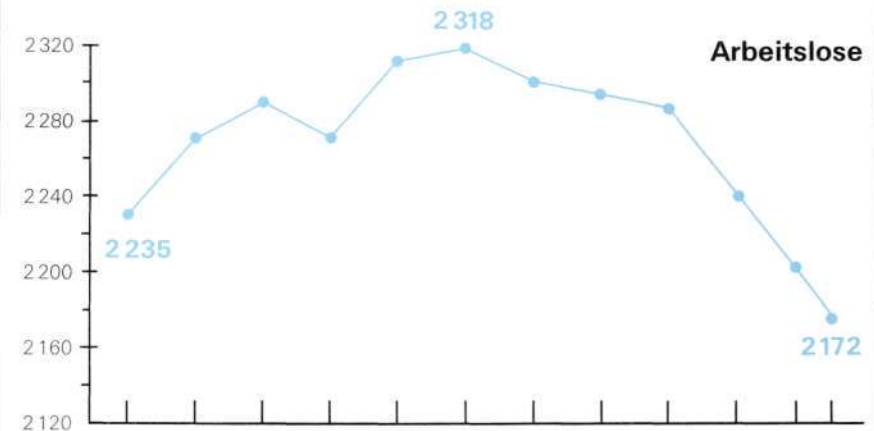
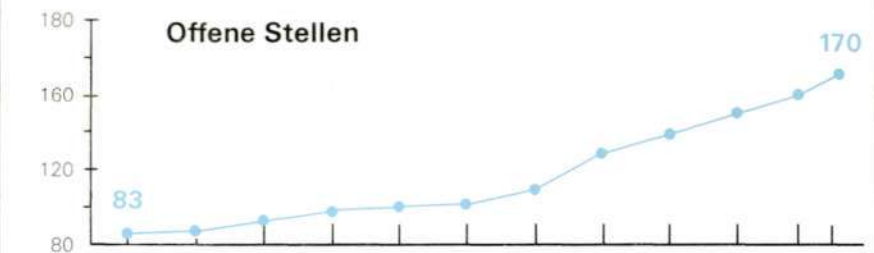
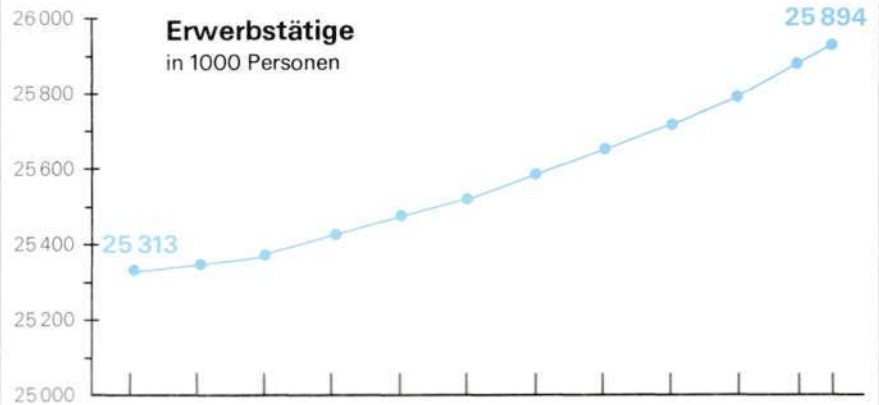
Weniger Arbeitslose

Dieser Befund schlägt sich, wenn auch abgeschwächt, in der Arbeitslosigkeitsstatistik nieder. Im Oktober dieses Jahres waren 123.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als im Oktober des Vorjahres. Das bedeutet einen Rückgang der als erwerbslos gemeldeten Arbeitskräfte um 5,7 Prozent.

Mehr offene Stellen

Ebenso positiv verläuft die Entwicklung bei den offenen Stellen. Sie ha-

Arbeitsmarkt: Der Trend zeigt aufwärts



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Angaben saisonbereinigt

¹⁾ Arbeitnehmer, Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

ben sich seit Anfang des Jahres 1984 mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum halbierte sich die Zahl der Arbeitslosen je offener Stelle von 27 auf 13. Diese Zahlen spiegeln den tatsächlichen Kräftebedarf der Wirtschaft nur unvollkommen wieder. Viele Unternehmen suchen ohne Hilfe der Arbeitsämter neue Arbeitskräfte. Über die Arbeitsämter werden lediglich 20 bis 25 Prozent der offenen Stellen besetzt.

Weniger Kurzarbeit

Die Entwicklung im Bereich der Kurzarbeit weist ähnliche Tendenzen auf. Sie wurde seit ihrem Höchststand Anfang 1983 drastisch abgebaut. Daß die Kurzarbeit im Oktober 1986 um 108.000 Personen über der des Vorjahres lag, ist vor allem auf die Schwierigkeiten im Bergbau zurückzuführen. Dort mußten 81.500 Kumpel, das sind rund 35 Prozent aller Kurzarbeiter, Feierschichten einlegen.

Arbeitsmarktanalyse

Mehr Neuzugänge als Abgänge

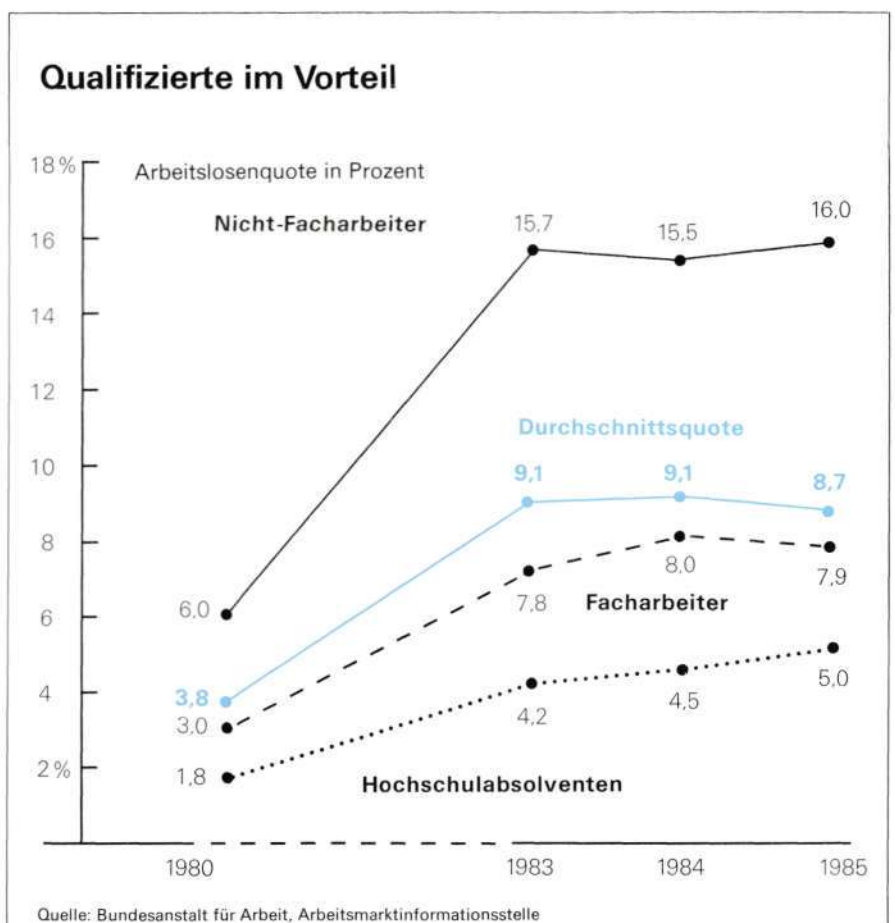
Wenn der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit dem Anstieg der Beschäftigung nicht Schritt gehalten hat, so lag dies an der hohen Zahl von Arbeitsuchenden, die in den letzten Jahren zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängten: Im Zeitraum von 1983 bis 1986 begaben sich rund 455.000 Personen mehr auf die Suche nach Arbeit als Arbeitende aus Altersgründen ausgeschieden sind. Unter diesen Arbeitssuchenden befanden sich vor allem die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge sowie Hausfrauen, die aufgrund des Wirtschaftsaufschwunges wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt sahen. Wäre diese Steigerung des Erwerbspersonenpotentials nicht eingetreten, läge die gegenwärtige Arbeitslosenzahl deutlich unter zwei Millionen. Überdies wird der bisherige Ange-

botsdruck auf den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren spürbar nachlassen. Während das Arbeitskräftepotential seit 1980 um rund 1,5 Millionen Personen zunahm, wird es bis 1990 voraussichtlich nur noch um rund 150.000 steigen. Von 1990 bis zum Jahre 2000 wird die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte sogar sinken, und das in einer Größenordnung bis zu 1,5 Millionen Personen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel

Aufgrund dieser sich jetzt anbahnenden Entwicklung werden Arbeitskräfte in den 90er Jahren insgesamt wieder knapper sein. Immerhin trifft die Nachfrage nach Arbeitskräften sowohl in räumlicher als auch in fachlicher Hinsicht schon jetzt auf Angebotsengpässe. Insbe-

sondere Fachkräfte sind knapp und werden gesucht. Die Besetzung eines freigewordenen oder neuen Facharbeiterplatzes dauerte schon im Jahr 1985 länger als im Vorjahr. Offene Stellen für Metallarbeiter konnten z. B. erst nach 25 Tagen (Vorjahr: 18) besetzt werden. Noch aufschlußreicher in diesem Zusammenhang: Fast 60 Prozent derjenigen, die gegenwärtig keine Arbeit haben, sind ohne berufliche Qualifikation. Sie entsprechen also nicht den durch technischen Fortschritt geänderten Anforderungen. Ihre Arbeitslosenquote liegt daher weit über dem Durchschnitt. Die Anpassung der beruflichen Fähigkeiten an die geänderten Arbeitsbedingungen durch Weiterbildung ist daher eine vordringliche Aufgabe. Die Unternehmen und die Bundesanstalt für Arbeit unterstützen dies durch eine Vielzahl von Programmen.



Beschäftigungsförderungsgesetz und Überstunden

Im Gegensatz zu früheren Konjunkturaufschwüngen nahm das gesamte Überstundenvolumen nicht zu, sondern ab: zwischen 1982 und 1986 um insgesamt 15,4 Millionen Stunden. Im Aufschwung von 1967 bis 1970 hatten die Überstunden noch um 1,4 Milliarden zugenommen. Die Abnahme der Überstunden im gegenwärtigen Aufschwung ist darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen die Mehrarbeit nicht in Überstunden, sondern in neue Arbeitsplätze umgesetzt haben. In der letzten Zeit wurde dies durch das am 1. 5. 1985 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz (siehe Kasten) erleichtert. Ziel dieses Gesetzes ist es, durch Auflockerung einzelner arbeitsrechtlicher Bestimmungen Einstellungsbarrieren in den Unternehmen abzubauen. Die Möglichkeit, Arbeitsverträge zu befristen, gehört dazu.

Nach einer Untersuchung der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände²⁾ haben im Zeitraum vom 1. 5. bis 31. 12. 1985 – 82,6 % der befragten Unternehmen Neueinstellungen vorgenommen

- davon waren
51,6 % unbefristete
48,4 % befristete Einstellungen
- von den befristeten Einstellungen dienten nahezu die Hälfte (47,7 %) der Vergrößerung des Personalbestandes.
- Ein Drittel der befragten Betriebe (33,6 %) nennt als Motiv für den Abschluß von befristeten Verträgen die Ungewißheit über die zukünftige Entwicklung. Diesem Risiko hat das Beschäftigungsförderungsgesetz durch die Erleichterung des Abschlusses befristeter Verträge mit Erfolg Rechnung getragen.

Konjunktur

Beschäftigungsintensiver Aufschwung

Die beträchtlich gestiegene Zahl der Erwerbstätigen und die vorhandenen Engpässe beim Angebot von Fachkräften lassen erkennen: Der Wirtschaftsaufschwung hat eine Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung nach sich gezogen. Dieser Befund wird durch einen Vergleich der Aufschwungsphasen 1977/80 und 1983/86 noch erhärtet.

Erwerbstätigenentwicklung, Wachstumstempo und Beschäftigungsintensität in zwei Aufschwungsphasen

	1977/80	1983/86 (s)
Erwerbstätigenentwicklung (1)		
Alle Wirtschaftsbereiche	788	478
davon: Staat	243	75
Unternehmen insgesamt	477	315
Bau	150	-140
Unternehmen ohne Bau	327	455
Wachstumstempo (2)		
Alle Wirtschaftsbereiche	2,8	2,8
davon: Unternehmen insgesamt	2,9	3,1
Unternehmen ohne Bau	3,0	3,5
Beschäftigungsintensität des Produktionswachstums (3)		
Alle Wirtschaftsbereiche	280	170
davon: Unternehmen insgesamt	165	102
Unternehmen ohne Bau	109	130

s: 1986 Schätzung

(1) Insgesamt in 1.000 Personen, jeweils Jahresdurchschnitt

(2) Im Jahresdurchschnitt in Prozent

(3) Beschäftigungsentwicklung pro Wachstumspunkt in 1.000 Personen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

Obwohl die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate in beiden Phasen identisch ist, wird aus den Berechnungen zunächst erkennbar, daß in den Jahren 1983/86 der Beschäftigungsschub pro zusätzlichem Wachstumspunkt erheblich geringer war als der in den Jahren 1977/80. Dies könnte zunächst auf eine geringere Beschäftigungsintensität des gegenwärtigen Wachstums hinweisen. Ein sol-

cher Schluß geht aber fehl, denn zwei Sektoren mußten ihr Einstellungsverhalten gegenüber dem Ende der 70er Jahre nachhaltig ändern: der Staat und die Bauwirtschaft.

- Hatte der Staat 1977/80 seine Beschäftigungszahlen ohne Rücksicht auf die Verschuldung noch um 243.000 Personen aufgestockt, so folgte unter dem Konsolidierungszwang der öffentlichen Haushalte 1983/86 nur noch ein Beschäftigungsplus von 75.000.

- Hatte die Bauwirtschaft 1977/80 das Beschäftigungsvolumen um 150.000 Arbeitskräfte erhöht, so mußte sie 1983/86 in annähernd gleichem Umfang (-140.000) Arbeitskräfte freisetzen als Folge des strukturellen Anpassungszwangs, ausgelöst u. a. infolge einer weitgehenden Sättigung des Wohnungsmarktes.

- Erst die Bereinigung um die Beschäftigungseffekte der unter Konsolidierungszwang stehenden öffentlichen Haushalte und

²⁾ Quelle: BdA-Befragung von 2.264 Betrieben mit zusammen 1,7 Millionen Beschäftigten; diese Betriebe stellten im Befragungszeitraum 97.800 Mitarbeiter neu ein.

der von der Strukturanpassung betroffenen Bauwirtschaft fördert die konjunkturelle Beschäftigungsintensität zu Tage: Sie liegt damit gegenwärtig im Privatsektor ohne Bauwirtschaft mit 130.000 zusätzlichen Beschäftigten pro zusätzlichen Wachstumspunkt höher als die mit 109.000 Personen errechnete Beschäftigungsintensität Ende der 70er Jahre.

Faktoren der Beschäftigungsintensität

Für die Zunahme der Beschäftigung in der Privatwirtschaft sind vor allem zwei Faktoren verantwortlich:

- Die starke Zunahme privater Dienstleistungen. Sie wurde seit Beginn der 80er Jahre durch das Vordringen neuer Kommunikationstechniken begünstigt und hat immer neue Beschäftigungsfelder eröffnet. Mittlerweile ist heute jeder zweite Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor beschäftigt.
- Der Beschäftigungszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe, allen voran in der Investitionsgüterindustrie. In diesen Bereichen zwang der starke internationale Wettbewerbsdruck dazu, überkommene Produktionsstrukturen mehr und mehr durch modernste Anlagen zu ersetzen. Diesen Struktureffekt belegt der jüngste Investitionsaufschwung deutlich: Ausrüstungsinvestitionen haben in den Jahren 1983/86 ein höheres Gewicht an allen Investitionen als in den Aufschwungsjahren 1977/80.

Fazit

Die Gesamtheit der Daten macht trotz der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit deutlich:

- Am Arbeitsmarkt hat eine positive Trendwende stattgefunden.
- Der Wirtschaftsaufschwung ist von erheblicher Beschäftigungsintensität.
- Die Beschäftigungszunahme wird nicht vom Staat, sondern vom Privatsektor getragen.

Ausblick

Die auf marktwirtschaftlicher Initiative beruhende Beschäftigungszunahme spricht dafür, daß die positive Arbeitsplatzentwicklung im Jahr 1987 anhalten wird. Dann dauert der Beschäftigungsaufschwung insgesamt schon vier Jahre. Demgegenüber brach der im vorausgegangenen Aufschwung mit öffentlichen Ausgabenprogrammen und mit einer Aufstockung der Arbeitnehmerzahlen im öffentlichen Dienst stimulierte Beschäftigungsanstieg 1980 schon nach drei Jahren ab und hinterließ dabei erhebliche, die gesamte Volkswirtschaft belastende Haushaltsdefizite.

Dennoch bewegen sich, trotz des langjährigen Wirtschaftsaufschwunges, die Arbeitslosenzahlen nur langsam nach unten. In solchen Situationen wird deshalb immer wieder der Ruf nach einer durch die staatliche Fiskalpolitik stimulierten

Nachfrageausweitung laut. Eine darauf abzielende Politik wäre nur dann erfolgversprechend, wenn sie zur Besetzung vorhandener oder Schaffung neuer Arbeitsplätze führen würde. Gerade das ist auf diesem Wege nicht zu erreichen.

- Zahlreiche gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen wie z. B. die Einengung der Arbeitszeit auf bestimmte Stunden oder Tage verhindern die bessere Auslastung der Produktionskapazitäten und verteuern damit den Kapitaleinsatz.
- In zeitlicher, räumlicher und fachlicher Hinsicht paßt die Struktur des Angebots von Arbeitskräften nicht zur Struktur der Nachfrage. Viele Arbeitslose, nicht nur Facharbeiter, sind kaum bereit, dorthin umzusiedeln, wo sie Arbeit finden könnten. Die Neigung, den Beruf zu wechseln, andere Qualifikationen zu erwerben und Arbeiten zu verrichten, die nicht der Ausbildung entsprechen, ist gering.

Solche systembedingten Hindernisse lassen sich durch bloße Ankurbelung der allgemeinen Nachfrage nicht aus der Welt schaffen. Stattdessen muß darauf hingearbeitet werden, daß der durch eine Fülle von gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen zementierte Arbeitsmarkt wieder stärker funktionsfähig wird. Man kann auf die Selbstheilungskräfte des Marktes nur dann setzen, wenn mehr Markt auch am Arbeitsmarkt verwirklicht wird. (Siehe hierzu KRONBERGER KREIS, „Mehr Markt im Arbeitsrecht“, Schriftenreihe des KRONBERGER KREISES, Band 10).